

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Saugen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag von Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

Verkaufsweg: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag.
Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbjährlich Mk. 1,20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pf. Einzelnummer 15 Pf. — Alle Postämter, sowie unsere Zeitungsverkäufer und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postfachkonto: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgroßkasse Bischofswerda Konto Nr. 64.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorkauf oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 43 mm breite einseitige Grundzeile 25 Pf., stichliche Anzeigen 20 Pf., die 30 mm breite Reklamezeile (im Textteil) 70 Pf., Zahlung in Papieren zum amtlichen Briefkurs vom Zahlungstag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Für Sammelanzeigen tarifm. Vorkauf. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 14

Sonntag, den 17. Januar 1926.

81. Jahrgang

Tageschau.

Dr. Luther hatte am Freitag erneute Besprechung mit den Parteiführern, die ergebnislos blieben. Am Sonnabend finden weitere Verhandlungen statt. Dr. Marx hat die Uebernahme des Justizministeriums offiziell zugesagt.

* Reichswehrminister Geßler hat erklärt, daß er endgültig auf sein Amt verzichte. Auch Reichsernährungsminister Graf Ranig hat ersucht, von einer Wiederberufung abzusehen.

* Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages nahm am Freitag in einer Entschließung Stellung gegen die Truppenzahl der Besatzungsmächte in der zweiten und dritten Rheinlandzone.

* Der Reichstag nahm am Donnerstag die Vorlage zur Erwerbslosenfürsorge an und behandelte dann die Anträge über die Hochwassererschäden.

* Im Prozeß Holmann-Barthels wurde das Verfahren gegen den künftigen Holmann abgetrennt und dem Antrag des Staatsanwalts zufolge gegen Regierungsrat Barthels und Kriminalassistent Rolke allein weiter verhandelt.

Die am Freitag in Neuport zur Zeichnung aufgelegten Bonds der Sächsischen Landespsandbriefanstalt sind sofort verkauft worden.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Politische Wochenschau.

Die Reichs-Regierungskrise scheint sich nun allmählich nach fast vierteljähriger Dauer ihrem Ende zu nähern. Der Reichspräsident hat das getan, was bereits am Tage der Entstehung der Krise feststand, er hat den bisherigen Reichskanzler Dr. Luther mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. In der Stunde, in der diese Zeilen in Druck gehen, ist die Zusammenfügung des neuen Kabinetts nach der personellen Seite hin noch nicht bekannt, dagegen dürfte seine parteipolitische Richtung wie seine staatspolitische Zielsetzung feststehen. Es geschieht also jetzt nach monatelanger Verzögerung und zahllosen grotesken Zwischenfällen das, was schon längst hätte geschehen können. Mit dem Fatalismus, der das Denken des deutschen Volkes immer mehr beherrscht, findet man sich mit diesen Zuständen ab. Aufgabe der Presse aber ist es, diese Gleichgültigkeit zu bekämpfen und den Gründen des Übels nachzugehen. Denn niemand wird bestreiten wollen, daß es ein Übel ist, wenn in Zeiten politischer Hochkonjunktur das deutsche Reich ohne eine vollaktionsfähige Regierung ist. Man hat mehrere Wochen darauf verwandt, um festzustellen, daß ein Parteikabinet nicht zu bilden ist — was ohnehin schon feststand. Sodann aber empfinden die Parteien der Mitte das Bedürfnis, jedesmal wieder festzustellen, daß sie der Sozialdemokratie mit vollem Wohlwollen gegenüberstehen. Man will sich von der öffentlichen Meinung beurteilen lassen, daß man nicht die Schuld daran trage, daß dies Mal — ausnahmsweise — das „vorzügliche parlamentarische System“ nicht funktioniert hat. Es ist das eigentümliche Bedürfnis der Mitte, sich erst von der Linken einen Korb zu holen, bevor man sich der rechtsanschaulich näherstehenden Rechten nähert. Im vorliegenden Falle aber wirkt schließlich hemmend das Gefühl, daß es vielleicht mit den Erfolgen der Locarnopolitik doch nicht so weit her sein werde und daß man es deshalb selbstlos dem lieben Nachbar überlassen möchte, diese Erfolge einzuharmonisieren.

Die Politik eines jeden Kabinetts, das nach der Annahme der Locarno-Verträge gebildet wurde, muß und kann doch nur das Ziel haben, diese Politik zur Durchführung und zum Abschluß zu bringen. Es wird also Aufgabe des neuen Kabinetts sein, durch Deutschlands Eintritt in den Völkerbund den letzten Schritt auf dem Wege zu tun, der mit der Annahme des Dawes-Abkommens eingeschlagen wurde. Für die Deutschnationalen ist damit eine oppositionelle Einstellung gegen das neue Kabinet von selbst gegeben. Die Gründe, aus denen diese stärkste staatsbürgerliche Partei zur Ablehnung der Locarnopolitik gekommen ist, sind bekannt. Es ist damit zu rechnen, daß diese Opposition sich in den sachlichen Formen bewegen wird, die politische Verantwortungsgefühl im allgemeinen und die Rücksicht auf die Person des Reichspräsidenten im besonderen der Partei zur Pflicht machen. In den wesentlichen Fragen der Innenpolitik stimmen die Deutschnationalen so, wie die letzten Monate bewiesen haben, mit Reichskanzler Luther im allgemeinen überein. Da aber auf der anderen Seite die

Der Parteikampf um die Ministerstühle.

Dr. Luther verhandelt weiter. — Besprechung des Reichspräsidenten mit Dr. Geßler.

Berlin, 15. Januar. (Draht.) Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat Reichskanzler Dr. Luther die Verhandlungen mit den Parteien heute mittag wieder aufgenommen. An diesen Besprechungen sind die Abgg. Fehrenbach, Scholz, Koch und Reichert beteiligt.

Der Reichspräsident empfing heute vormittag den Reichswehrminister Dr. Geßler zu einer längeren Aussprache. Dr. Geßler begab sich später zum Reichskanzler. Es handelt sich dabei um die abschließenden Besprechungen mit dem Ziel, Herrn Dr. Geßler zur Beibehaltung seines Postens zu bewegen. In unterrichteten Kreisen wird das Verbleiben des Reichswehrministers in seinem Amte bestimmt angenommen, da auch Herr Dr. Geßler die großen Schwierigkeiten bekennt, die sich aus einem Wechsel in der Leitung dieses Ministeriums ergeben können. Für den Posten des Landwirtschaftsministers wird, nachdem Dr. Luther Führung mit den Landwirtschaftlichen Organisationen genommen hat, auch der Name des früheren Staatssekretärs a. D. Warmboldt genannt. Die Hauptschwierigkeit bei den Verhandlungen Dr. Luthers liegt im Augenblick noch in der Befehung des Innenministeriums, das von den Demokraten beansprucht wird.

Fortsetzung der Besprechungen am Sonnabend. Dr. Geßler lehnt ab.

Berlin, 15. Januar. (Draht.) Wie die Telegraphen-Union erfährt, wurden die Verhandlungen, die Dr. Luther nachmittags mit den Parteiführern gepflogen hat, kurz nach 6 Uhr am Sonnabend vormittag verlagert. Um 7 Uhr begab sich Reichskanzler Dr. Luther zum Reichspräsidenten, um ihm, wie üblich, über den Verlauf des Tages Bericht zu erstatten.

Die heutigen Verhandlungen drehten sich vorwiegend um die Befehung des Innenministers und des Reichswehrministers. Dr. Geßler hat dem Kanzler nachmittags mitgeteilt, daß er leider doch nicht in der Lage sei, weiter im Amte zu bleiben. In polit. Kreisen würde aber kein Ausschließen von einer Stelle, die im besonderen Maß eine ruhige und sichere Führung verlangt, außerordentlich bedauert werden. So hofft man noch immer, daß er seine Entscheidung doch noch revidieren werde, zumal die Vorstellungen des Reichspräsidenten so starken Eindruck auf Dr. Geßler

Sozialdemokratie es vorgezogen hat, in der Rolle der Opposition zu bleiben, ist heute noch recht zu sehen, wie das Kabinet Luther sich die verfassungsmäßig erforderlichen Voraussetzungen für die Aufnahme seiner Arbeit verschaffen will. Die Parteien der Mitte die das Kabinet stützen, verfügen nur über etwa 1/3 der Stimmen des Reichstages. Die erforderliche Vertrauensklärung für das neue Kabinet kann also nur zustande kommen, wenn auf der rechten oder der linken Seite der Opposition eine weitgehende und wohlwollende Zurückhaltung geübt wird, auf die zu hoffen für Herrn Luther ein Anseh zunächst nicht vorliegt. Es ist also sehr wohl möglich, daß die Beendigung der Regierungskrise nur den Anfang einer neuen Krise bedeuten wird. Welchen Weg Reichspräsident und Reichsregierung dann einschlagen werden, um sich und das Land aus einem solchen Bankrott des heutigen Systems zu retten, kann im Augenblick noch nicht gesagt werden.

Es sind Anzeichen vorhanden, daß in nicht fernher Zeit die wirtschaftliche Not, die an unser aller Türen pocht, so drückt werden wird, daß man darüber allmählich die Rücksichtnahme auf Formalitäten und Parteibedenken vergessen wird. Wiederum hat die Zahl der Arbeitslosen in wenigen Wochen eine Zunahme um 50 Proz. erfahren, so daß heute bereits 1 1/2 Millionen Arbeitsloser den Haushalt der deutschen Wirtschaft und des deutschen Staates belasten. Die ganze furchtbare Bedeutung dieser Zahl wird einem erst dann gegenwärtig, wenn man daran denkt, wieviel Hunderttausende von Familienältern sich darunter befinden, deren Arbeitslosigkeit Hunger für Frau und Kinder bedeutet.

Eine furchtbare Illustration unseres wirtschaftlichen Notstandes bieten die Zahlen, die die deutsche Reichsbahn soeben zum Beginn des neuen Jahres über ihre Geschäftslage mitteilt. Die Reichsbahn hat in den ersten fünfzehn Monaten ihres Bestehens 512 Millionen Mark für Reparations-

er gemacht haben, daß er heute mittag seine endgültige Entscheidung von der Zusammenfügung des neuen Kabinetts abhängig machte. Das Innenministerium wurde von den Demokraten weiter heftig umkämpft, die dafür Dr. Koch präsentierten. Der Kanzler versuchte diese Frage dadurch zu entspannen, daß er den Vorschlag machte, das Innenministerium gewissermaßen zu neutralisieren, indem es mit einer nicht parteipolitisch abgestempelten Persönlichkeit besetzt wird. In politischen Kreisen ist man ohnehin der Auffassung, daß der Kanzler bereits von der Idee seines Auftrages, ein neutrales Kabinet der Mitte zu bilden, abgewichen sei, indem er sich bei seinen Verhandlungen so sehr auf parteipolitische Bindungsverluste eingelassen hat. Ein Fortschritt des Tages ist damit zu verzeichnen, daß Dr. Marx für das Justizministerium nunmehr offiziell zugestimmt hat.

Berlin, 16. Jan. (Draht.) Reichskanzler Dr. Luther nahm heute um zehn Uhr im Reichstag die Besprechungen mit den Führern der Mittelparteien wieder auf. Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei und der Demokraten blieben trotz der Vertagung des Reichstages in Berlin versammelt. Sie trafen heute um 11 bzw. 12 Uhr erneut zusammen. Um 12 Uhr versammelten sich gleichfalls die in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrumskraktion.

Rücktrittsgesuch des Reichsernährungsministers.

Berlin, 15. Januar. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Graf Ranig, hat heute nachstehendes Schreiben an den Reichskanzler Dr. Luther gerichtet: „Hochverehrter Herr Reichskanzler! Ich bitte Sie, von meiner Wiederberufung in ein neugebildetes Kabinet abzusehen, da einerseits die verantwortungsvolle Tätigkeit eines Leiters eines Wirtschafts-Resorts in fast 25-jähriger schwerer Wirtschaftskrise eine gerade unter den heutigen Verhältnissen besonders schnelle politische und gesundheitliche Abnutzung mit sich bringt und für mich jedenfalls eine längere Erholungszeit unbedingt erforderlich macht.“

Wünsche des Reichslandbundes.

Berlin, 16. Januar. (Drahtber.) Der Reichslandbund hat eine Erklärung abgegeben, in der eine Reihe von Wünschen ausgesprochen wird, darunter Vereinfachung des Verwaltungsapparates in Reich, Ländern und Gemeinden, Verminderung der sozialen Abgaben, Befreiung von einem Lohnsystem, das die Löhne nivelliert und dadurch die gesamte Arbeitsleistung mindert, und eine Handelspolitik, die nicht aus politischen Rücksichten wertvolle Produktionsgrundlagen opfert.

abgaben herauswirtschaften müssen. In den nächsten 12 Monaten müssen für die gleichen Zwecke 890 Millionen abgeleert werden. Weitere Tarifierhöhungen kann unser Verkehr und unsere Wirtschaft nicht ertragen, es sind vielmehr Tarifiermäßigungen im Güterverkehr erforderlich. Demnach steht jetzt bereits fest, daß auch hinsichtlich der Eisenbahnbelastung sich das Dawesabkommen bereits als un durchführbar erwiesen hat. Bei alledem muß berücksichtigt werden, daß das Jahr 1925 das sog. Schonjahr des Dawesplans darstellte, währenddessen wir die wesentlichsten Teile unserer Reparationsverpflichtungen aus der Dawesanleihe decken konnten. Diese Zahlen reden im Zusammenhang mit der laminarartig anwachsenden Not unseres Volkes und unserer Wirtschaft eine so ernste Sprache, daß die Staatsmänner der Welt und des deutschen Reichs ihr die Ohren nicht werden verschließen können. Der letzte Sinn der Locarnopolitik und eines deutschen Eintritts in den Völkerbund war und ist doch der, daß Deutschland in die antiaustro-wirtschaftliche Front eingegliedert werden soll. Dieser Sinn aber wird zum Widersinn, wenn man gleichzeitig unser Land und Volk dem Hunger und der Bergweisung in die Arme treibt.

Deutschland als Sklavenstaat.

Berlin, 16. Januar. (Draht.) Nach ergänzenden Meldungen der Morgenblätter aus New York über die Rede des amerikanischen Bankiers Mac Carrack, des Mitgliedes des Generalkonferes der deutschen Reichsbahn, hat Carrack u. a. noch ausgeführt: Wenn die Deutschen willens sind, täglich 10 bis 14 Stunden (!) zu arbeiten, ohne sich vor irgend einer Arbeit zu scheuen, wenn die deutsche Frau als Pferd den beladenen Arbeitskarren ziehen läßt, wenn der deutsche Knabe nach der Anweisung seines Vaters den Garten bearbeitet, dann kann der Erfolg und die Ernte nicht ausbleiben.